



**Postulat der SP-Fraktion
betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege
vom 29. Oktober 2020**

Die SP-Fraktion hat am 29. Oktober 2020 folgendes Postulat eingereicht:

Wir laden den Regierungsrat ein, im Rahmen eines Pflegeprojektes mit allen beteiligten Arbeitgeberinnen- und Arbeitnehmervertretungen zusammensitzend und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Besonders Augenmerk soll auf folgende Punkte gelegt werden:

- Genügend Zeit für Patient*innen
- Bezahlte Umkleidezeit
- Reduktion Wochenarbeitszeit
- Durch Pflegefachkräfte unverschuldete Minusstunden nicht anrechnen
- Den Leistungen entsprechender Lohn
- Genügend ausgebildetes Personal pro Patient*in
- Rechte am Arbeitsplatz – mehr Mitsprache und besseren Schutz
- Psychische und physische Gesundheit
- Perspektive für langen Verbleib im Berufsfeld
- Sozialverträgliche Arbeitszeiten und mehr Krippenplätze

Das Pflegeprojekt soll alle Bereiche der Pflege in den Zuger Spitälern, Kliniken, Alters- und Pflegeheimen, der Spitem sowie bei der ambulanten Pflege abdecken.

Begründung

Am Frauen*streik vom 14. Juni 2019 übergaben Pflegefachfrauen der spitalexternen Pflege einen Forderungskatalog an die Verwaltung. Diese Petition wurde an der Kantonsratssitzung vom 29. Oktober 2020 behandelt und es wurde beschlossen, dass der Petition keine Folge geleistet werden soll. Die Punkte, welche die Pflegefachfrauen aufgeführt haben, haben sich jedoch verschärft, insbesondere wegen der Corona-Pandemie. Die heutigen Arbeitsbedingungen führen dazu, dass viele Pflegefachpersonen nur sehr kurz im Beruf bleiben. Deshalb müssen die Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben, umgehend angegangen werden.

Die grosse Flexibilität, die von den Angestellten erwartet wird, ist sehr belastend. Kurzfristige Einsätze sollen deshalb gebührend entschädigt werden und kurzfristige Arbeitsausfälle dürfen nicht als Minusstunden erfasst werden. Die Umkleidezeit muss auch als Dienstzeit erfasst werden und ebenso die Zeiten vor, nach und zwischen den Schichten, bei denen Dienstgespräche geführt werden. Andernfalls könnte die Wochenarbeitszeit reduziert werden, um diese Randgespräche sowie die hohe Belastung der flexiblen und unregelmässigen Arbeitszeiten abzufangen. Diese Arbeitszeiten erschweren das Familienleben. Es braucht Krippenplätze, die mit den Dienstzeiten in der Pflege und Betreuung zu vereinbaren sind. Die Arbeitgeber*innen sollen auch mehr für die psychische und physische Gesundheit ihrer Arbeitnehmer*innen tun. Ein Punkt, um Belastungen zu entschärfen, ist der Personalschlüssel. Der Personalschlüssel soll angepasst werden für besonders fordernde Situationen. Zudem sollen Lehrkräfte im ersten

Lehrjahr nicht voll zum Personalschlüssel gezählt werden. Angemessen wäre auch eine Gefahrenzulage für die Situationen, in denen die Pflegefachkräfte hohen Risiken ausgesetzt sind.

Verbesserungen in all diesen Bereichen stärken die Pflege. Einerseits wird die Qualität steigen, wenn Pflegefachkräfte mit ihren Arbeitsbedingungen zufriedener sind und nicht mehr nur von Patientin zu Patient rennen müssen. Andererseits steigt die Attraktivität der Pflegeberufe, womit dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann. Deshalb ist es enorm wichtig, dass die Regierung sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege einsetzt. Ein erster Schritt ist es, Gespräche mit den betroffenen Institutionen zu führen und auf die Missstände hinzuweisen. Danach muss evaluiert werden, ob die Institutionen bereit sind, Verbesserungen umzusetzen und ob die vorgeschlagenen Massnahmen ausreichend sind. Bei den Institutionen, bei denen der Kanton Mehrheitsbeteiligungen hat (Zuger Kantonsspital) oder mit denen Kanton und Gemeinden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen haben, ist zu prüfen, inwiefern der Kanton verbesserte Arbeitsbedingungen einfordern kann und wann dies notwendig wäre.